

*N<sup>o</sup> 106 2.8.1930.*

**Schweizerische Gesandtschaft**

in  
**Berlin**

R/Spp.-

*Gen. L. 10.30.*

Politischer Bericht Nr. 11/1930.

---

*Leernich am  
7.8.30 L*

Berlin, den 29. September 1930

Herr Bundesrat,

Trotzdem seit den sensationellen Reichstagswahlen nun schon zwei Wochen verflossen sind, ist die aus ihnen zu erwartende innenpolitische Lage noch nicht völlig abgeklärt. Das Wahlergebnis vom 14. ds. ist bekannt: die extremen Parteien erhielten einen Zuwachs, der die andern in ihrer Umklammerung fast ersticken lässt. Die Kommunisten vermehrten ihre Mandate um über 20, von 54 auf 76, und was noch wichtiger und aufsehenerregender ist, die Nationalsozialisten verneunfachten sich von 12 auf 107 und erhoben sich damit zur zweitstärksten Fraktion des Reichstags. Die Sozialdemokraten erlitten eine immerhin noch erträgliche Einbusse, das Zentrum konnte sich gut behaupten, indem es einen, allerdings nur im Rahmen der stärkeren Wahlbeteiligung bleibenden Zuwachs von einigen Mandaten aufwies, die übrigen bürgerlichen Parteien, abgesehen von einigen Splittergebilden, sind dezimiert worden. Diese Niederlage hätte vermieden werden können. Dem Kabinett Brüning fehlten seinerzeit nur 15 Stimmen bei der Abstimmung über die

Herrn

Bundesrat **M o t t a**,

Chef des Eidgenössischen Politischen Departements,

**B e r n**

---



-2-

Notverordnungen. Es hätte mit etwas mehr Entgegenkommen an die Sozialdemokraten deren Duldung haben und damit die Auflösung des Reichstags vermeiden können.

Wie gesagt, ist die gleich nach den Wahlen aufgeworfene Frage nach dem Schicksal der bisherigen und dem Gesicht einer allfälligen neuen Regierung noch nicht gelöst. Die erste Frage war die, ob das Kabinett, das sich bis jetzt auf eine Koalition der nunmehr in der Hauptsache geschlagenen Mitte stützte, freiwillig zurücktreten werde. Die Antwort auf diese Frage liegt vor: das Kabinett Brüning bleibt in der bisherigen Zusammensetzung vorläufig im Amt und wird sich dem am 13. Oktober zusammentretenden Reichstag stellen. Es berät seit Tagen und Nächten das dem Reichstag vorzulegende Finanzprogramm, das morgen der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Wie man hört, soll das Gleichgewicht des Budgets nicht durch neue allgemeine Steuern, sondern einerseits durch eine nochmalige Erhöhung der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung und andererseits durch eine Erhöhung der Gehaltskürzung der Beamten herbeigeführt werden. Ob die Regierung ihr Programm durchsetzen wird, hängt natürlich ganz vom Wohlwollen der in starker Mehrheit befindlichen Oppositionsparteien, oder doch einzelner von ihnen, ab. Es erscheint aber nicht als ausgeschlossen, dass die Notwendigkeit, den Haushalt endlich in Ordnung zu bringen, ad hoc eine Mehrheit schaffen wird, da vielleicht die eine und die andere Partei sich scheuen wird, die Verantwortung für das Chaos und die Pflicht zur Herbeiführung einer anderen

-3-

Lösung zu übernehmen, und da es nicht ausgeschlossen ist, dass im Falle der Ablehnung des Programms einmal ohne den Reichstag regiert werden würde.

Stürzt das Kabinett nicht schon über das Finanzprogramm, so wird gleichwohl in absehbarer Zeit eine Änderung in seiner Zusammensetzung eintreten, sei es, dass es durch ein Misstrauensvotum zu Falle kommt, sei es, dass es ohne diesen gesetzlichen Zwang demissioniert, oder schliesslich, dass nach Koalitionsverhandlungen mit den Parteien Einzeldemissionen erfolgen, um Vertretern anderer Parteien Platz zu machen. Wie aber eine neue Koalition nach dem Wahlergebnis vom 14. ds. aussehen soll, ist heute noch schleierhaft. Als feststehend darf betrachtet werden, dass die Kommunisten, obschon heute die drittstärkste Fraktion, weder gewillt sind, in die Regierung einzutreten, noch von irgend einer andern Partei als koalitionsfähig akzeptiert würden. Im übrigen ist bei der Haltung der andern Parteien noch nicht zu übersehen, wie eine regierungsfähige Mehrheit herbeigeführt werden kann. Was vorerst die stärkste Partei, die Sozialdemokraten, betrifft, so ist klar, dass die Rechtsparteien eine Koalition mit ihnen ablehnen. Auch die Deutsche Volkspartei will diesmal nicht mit ihnen in der Regierung sein. Das Zentrum hat sich noch nicht deutlich ausgesprochen, scheint jedoch bis jetzt eher abgeneigt zu sein. Aber selbst, wenn es sich zu einer Koalition entschliessen sollte, so würde deren Tragfähigkeit doch an der absolut ablehnenden Haltung der Wirtschaftspartei scheitern, die ein Zusammengehen mit den Sozialisten bestimmt ablehnt

-4-

und damit die Koalition in die Minderheit versetzen würde. Was sodann die Nationalsozialisten betrifft, so würden ja wohl die Deutschnationalen mit ihnen gehen. Auch die Deutsche Volkspartei lehnt den Gedanken nicht ohne weiteres ab. Aber das Zentrum, ohne das ein regierungsfähiges Kabinett zur Zeit nicht denkbar ist, verhält sich vorläufig ablehnend. So ist heute noch alles im Unklaren. Nach der Presse will der Kanzler nach Vorlegung des Regierungsprogramms mit den Fraktionen verhandeln und den Versuch einer politischen Mehrheitsbildung, die heute noch als problematisch gilt, unternehmen.

Der überraschende gewaltige Wahlsieg der Nationalsozialisten, einer Partei ohne eindeutiges und einheitliches Programm, lässt sich nur erklären aus der Atmosphäre des hoffnungslosen Pessimismus. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise und im Gefühl der politischen Ohnmacht sind weite Kreise irre geworden an Republik, Demokratie und Parlamentarismus und erwarten bessere Zeiten von einem "Dritten Reich", ohne sich von dessen Wesen einen klaren Begriff zu machen. Dabei ist ja die nationalsozialistische Partei an sich keineswegs homogen, indem dem einen der nationale, dem andern der sozialistische Teil des Programms, letzterer im Sinne des Kampfes gegen das Kapital, als Ziel vorschwebt. Für die deutsche innere und äussere Politik wird es sich fragen, was ihr gefährlicher ist: der Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung und damit zwar die Möglichkeit einer Dämpfung ihrer Töne, aber auch die Gefahr der Unterwühlung des Staatsgefüges durch Besetzung wichtiger

-5-

Ministerien, oder die wilde Opposition der aussenstehenden starken Partei und damit die Störung der rationalen Regierungsarbeit, eine weitere Verwirrung der Geister und eine ständige Beunruhigung durch Putschgerüchte. Die selbstverständliche Feststellung, dass für eine staatsfeindliche Partei kein Platz in der Regierung sei, hat Hitler durch seine Zeugenaussage im Hochverratsprozess gegen die Ulmer Offiziere von seinen Scharen abzulenken versucht, indem er beschwor, dass seine Partei keine Umsturzpläne hege und ihre Ziele einzig auf legalem Wege zu verfolgen gewillt sei. Aber einmal während seiner Einvernahme lässt er sich doch durch seinen Pathos verleiten, indem er die Einsetzung eines neuen Staatsgerichtshofes in Aussicht stellt, der den 9. November rächen und Köpfe rollen lassen werde. Und der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums hat, ebenfalls als Zeuge, erklärt, dass diese Amtsstelle sich im Besitze von umfangreichem Material befinde, aus dem sich ergebe, dass die nationalsozialistische Arbeiterpartei schon seit ihren Anfängen umstürzlerische Ziele verfolge. Es ist deshalb zu verstehen, wenn den beruhigenden Erklärungen Hitlers nur bedingter Glaube geschenkt und der zukünftigen Entwicklung der Dinge mit einiger Sorge entgegengesehen wird. Immerhin herrscht in amtlichen Kreisen eine ernstliche Befürchtung eines erfolgreichen Putschversuches nicht. Einmal glaubt man sicher zu sein, einen Versuch glatt unterdrücken zu können und sodann nimmt man an, dass gerade deshalb Hitler

-6-

seinen Wahlsieg nicht mit einer Schlappe diskreditieren, sondern jedenfalls vorerst suchen werde, ihn durch die Macht der Mandatezahl zu konsolidieren. Darin unterstützt ihn die erfahrungsgemäss stets nach einem überraschenden Siege einsetzende Anziehungskraft des Siegers, die teils von seinem Nimbus und der seinem Erfolge gezollten Bewunderung ausstrahlt, teils aber auch der sehr realen Überlegung entspringt, dass es vorsichtig ist, sich rechtzeitig einer im Aufsteig befindlichen Macht anzuschliessen. Aber auch die Unzufriedenheit der Beamten über die ihnen drohende vermehrte Gehaltskürzung verschafft den Nationalsozialisten sogar aus den Reihen der Diener des Staates Anhänger, weil sie hoffen, dass es dieser Partei gelingen werde, die ihnen zgedachte schwere Bürde auf andere Schultern zu wälzen.

Die Presse der Mitte bezeichnet die Wahlen vom 14. ds. als Konjunkturwahlen, hervorgegangen aus der wirtschaftlichen Krise und der politischen Unzufriedenheit und der geschickten Ausnützung dieser Faktoren durch die lautesten Schreier. Sie erwartet, dass mit der Besserung der Konjunktur auch die extreme Welle zur Linken und zur Rechten von selbst wieder verebben werde. Dies bleibt zu hoffen, wobei allerdings der Zeitpunkt dieser Besserung der Konjunktur noch nicht abzusehen ist. Aber für heute besteht die politische Macht der Nationalsozialisten, und gerade in ihr liegt eine gewisse Gewähr dafür, dass sie ihre Entfaltung vorerst auf legalem Boden weiterverfolgen und nicht durch Gewaltakte kompromitieren wird. Immerhin wird es

-7-

geboten sein, die weitere Entwicklung mit der grössten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Die Regierung verfügt denn auch vorläufig noch über die Mittel und Wege zur Kontrolle und über die Macht zum Einschreiten im notwendigen Falle.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

